

Krakauer Zeitung.

Donstag, den 23. Juni.

1857.

Nro. 140.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl., mit Verbindung 5 fl. — Die einzelne Nummer wird mit 5 kr. berechnet. Insertionsgebühr für den Raum einer vier-spaltigen Petitzelle bei einmaliger Einrückung 4 kr., bei mehrmaliger Einrückung 2 kr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 10 kr. — Inferate, Bestellungen und Gelder übermittelt für die „Krakauer Zeitung“ die Administration des Blattes. (Ring-Platz, Nr. 258.) Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

„Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. Juli 1. J. beginnt ein neues viertel-jähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September beträgt für Krakau 4 fl., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl.

Bestellungen werden baldigst erbeten, um die Stärke der Auflage bemessen und jede Störung in der Zusage zu verhüten zu können.

Die Administration.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 23. Juni.

Die bevorstehenden Wahlen in Frankreich sind von der Demokratie zu dem Versuche einer Agitation benutzt worden. Sie wollte, wie es scheint, ein Lebenszeichen von sich geben und die Welt glauben machen, als siehe sie, eine fest geschlossene, ihrer Zwecke sich klar bewußte, unter sich einige Partei der Regierung gegenüber, als habe sie über Sympathien in der großen Menge des Volkes zu gebieten. Auf mehr konnte diese Klasse von Leuten, deren Grundsätze im kaiserlichen Frankreich in der That als „Anabronismen oder als Herausforderung“ betrachtet werden können, bei einer ruhigen Prüfung ihrer Mittel, Anhänger und Kräfte wohl nicht rechnen; die Möglichkeit, eine größere Anzahl von Candidaten durchzusetzen und mit dieser kleinen Fraction den gährenden Sauerzeug in das imperialistische Brod des legislativen Factors hineinzuschmuggeln, ist füglich nicht anzunehmen. Aber selbst darin war ihr Heraustreten aus ihrer bisher so sorgsam und wohlweislich behaupteten Reserve verhängnisvoll, indem es nur allzudeutlich die Erfahrungkeit der Ansichten und die Uneinigkeit der Partei dargelegt hat. Das Gezanke, welches sich in den Oppositionsblättern über die Reinheit und Falschheit der Grundsätze, über tadellos bewährte republikanische Tugenden und treu-festgehaltene demokratische Prinzipien erhoben, hat besser als die Erläuterungen der Präfekten es vermocht, die Nichtigkeit ihrer Bestrebungen dargethan. Wie über ihre Candidaten, sind die Partisanen der über Nacht aufgetauchten Opposition selbstverständlich auch darüber uneinig und im Unklaren, was sie mit dem wider Vermuthen in irgend einem Wahlbezirk davongetragenen Siege beginnen sollen, da sie prinzipiell den rechtlichen Bestand der jetzigen Verfassung leugnen müssen und an der friedlichen und gesetzlichen Fortbildung derselben mitzuarbeiten weder Beruf noch Neigung haben können. Dieser innere Zwiespalt wird in dem letzten Rundschreiben des Ministers des Innern über die Wahl-Angelegenheit dargestellt.

Daß in Frankreich, das seiner jetzigen Regierung so unendlich viel dankt, ein Zurückkommen auf längst abgehane Dinge, ein Auskramen obsoleter Phrasen, möglich war, berechtigt übrigens durchaus nicht zu einem für die Stärke und das Ansehen der demokra-

tischen Secten günstigen Schluß, sondern giebt höchstens den Beweis, daß die Regierung bestrebt war, der Wahlbewegung die größtmögliche Freiheit zu gönnen. Die Regierung ergreift nun auch ihrerseits das Wort und wir glauben, daß dem Gewicht ihrer dem praktischen Leben entnommenen Argumente gar bald der Eindruck weichen wird, welchen die Declamation der Träumer von Profession auf einige leichter erregbare Gemüther etwa hervorgebracht.

Ein Berliner Correspondent des „Nord“ will wissen, daß der Inhalt der dänischen Antwort auf die Noten der deutschen Großmächte vom 20. Mai in offiziöler Weise nach Berlin verschieden bekannt gegeben worden sei. Nach seiner Behauptung spricht sich dieselbe über die von Österreich und Preußen geäußerten Erwartungen nicht aus, und beschränkt sich nur auf die Darstellung, daß der Zusammenritt der Stände der Herzogthümer (in der früheren Antwort) nur nur von Holstein die Rede) und das Resultat der Verhandlungen mit der bei dieser Frage direct beteiligten Partei abgewartet werden müsse.

Die königlich dänische Regierung hat nunmehr das bisherige Provisorium für die Schiffahrt durch den Sund gänzlich aufgehoben.

Die provisorische Verwaltung des Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg wird, nach Mittheilungen der „Hamb. Nachr.“, allem Anschein nach noch längere Zeit fort-dauern, da man, wie es heißt, keine geeignete Persönlichkeit für den gedachten Ministerposten finden kann. Die gewöhnlichen laufenden Geschäfte werden allerdings ohne Unterbrechung abgewickelt, da sie durch die bestehenden Departementschefs erledigt werden können. Die definitive Wiederbesetzung wird voraussichtlich nicht holsteinischen Stände etwas Gewisses abgemacht ist, oder vielmehr ehe die Stände ihre Meinung über die vorschwebenden Fragen ausgesprochen haben; denn die Minister-Candidaten dürften nach diesem Sprache ihre Position zu nehmen geneigt sein.

Über den schwedischen Gesandten am dänischen Hof, Admiral Virgin, wird endlich der 2. A. 3. aus folgendes Nähere berichtet: Während des russischen Kriegs ging dieser Herr in außerordentlicher Mission nach London, hatte aber bei Weitem nicht das Glück, außerordentliches auszurichten, und kehrte unverrichteter Sache wieder nach Hause. Als Baron von Lagerheim, vielseitiger und beliebter schwedischer Gesandter am dänischen Hofe, nach Stockholm berufen wurde, um den Baron v. Stjerneld, der allen neu Aufkommenden nicht biegsm genug sich anzuschmiegen bereit schien, abzulösen, ward Admiral Virgin sein Nachfolger als biegsamer Gesandter — ganz einfach sein Nachfolger. Der ordentliche Titel eines solchen Gesandten lautet aber: aufs ordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister. Als daher scandinavistische Blätter zu wiederholtemal berichteten, daß der Hr. Admiral in außerordentlicher Mission sich hier befindet, und als verwandte schwedische Blätter dasselbe behaupteten, wurden wir veranlaßt, einer Quelle dieses steten Irrthums nachzuspüren, und wir glauben jetzt diese

gefunden zu haben. Verschiedene untergeordnete Blätter zu beiden Seiten des Sundes haben öfter mit einer gewissen Geheimnisträermiene darauf angespielt, daß das schwedische Cabinet dem dänischen einen Allianz-tractat vorgeschlagen habe zum gegenseitigen Schutz ihrer Besitzungen. Diese Nachricht in dieser Fassung ist nun allerdings unrichtig; die beiderseitigen Regierungen haben miteinander gar nichts in dem Sinn zu verhandeln gehabt. Es ist ja vielmehr weltkundig, daß der schwedische Minister des Auswärtigen — nachdem er im eigenen und im Namen seines Ministeriums, und insofern auch von Seite der Regierung jenseits die „vollkommene Harmonie“ offiziell zu erkennen gegeben hatte, worin er sich mit der bekannten antiscandinavischen Note Hrn. von Scheele's vom 20. Febr. befunde — kurze Zeit darauf im Namen seines königlichen Herrn mit sehr düren Worten dem Hrn. von Scheele von Amtswegen das leise Grollen und laute Erfaulen seines Souveräns darüber zu schildern übernahm: daß Hr. v. Scheele eine solche Révée habe bekommen können, die Frage des Scandianivismus, die bis jetzt nur eine „literarische“ sei, in den Bereich der Politik hineinzuziehen. Allein wie sollte es möglich sein, daß das schwedische Cabinet zu derselben Zeit ein so vertrauliches Anerbieten dem dänischen hätte machen können? Es mußte doch der lebhafte Unwillen gegen den Schweden am nächsten stehenden Repräsentanten Dänemarks zu Kopenhagen, den trog des Seraphinen-Ordens so ungeschlacht sich gebahrenden Hrn. v. Scheele, zuerst etwas nachgelassen haben, ehe solche Intrimitäten cordialiter betrieben werden konnten. In anderer Fassung mag jedoch etwas sehr wahres der Nachricht zum Grunde liegen. Der ordentliche schwedische Gesandte, Hr. v. Virgin, wurde, wie gesagt, immer und immer von jenen Blättern als blos in außerordentlicher Mission sich hier befindend erwähnt, und nebenbei brachten nicht unglaublich-würdige Gerichte häufiger und häufiger Berichte über einen Allianz-tractat von Seite Schwedens, über die Bedingungen, z. B. Schutz der Eider-Grenze als Hauptzweck, 16,000 Mann Kerntruppen als Haupthilfe, entsprechende Leistungen Dänemarks als Vergeltung, der Phantasien wegen Finnlands zu gescheinen. Läßt sich das nun alles nicht vereinen? Wir meinen, sehr gut. Jedoch gehört noch eins dazu, nämlich daß wir die Überzeugung gewonnen haben: es seien von irgendeinem durch irgend eine dem Staatsoberhaupt selbst im wirklichen, nicht blos im symbolischen Cabinet solche oder ganz ähnliche Anträge gemacht worden. Die Regierung oder das symbolische Cabinet geht aber dergleichen nicht an, oder eigentlich es umgeht selbiges dergleichen Antrag ganz. Daher das Behaupten und das Läugnen zu gleicher Zeit. Nimmt man nun mit jenen Anspielern an, daß Herr v. Virgin jener Antragsteller sei, dann klärt sich alles auf. Hr. v. Virgin war zugleich außerordentlicher Gesandter der facto, außer daß er ordentlicherweise außerordentlicher Gesandter auch benannt wurde. Aber Hr. v. Virgin war auch in dieser zweiten außerordentlichen Mission nicht glücklicher als in jener seiner ersten oder Maiden-Mission nach London.

Der „Württ. Staatsanzeiger“ theilt jetzt die Artikel

des mit Rom abgeschlossenen Hauptvertrages mit. Nach Artikel 1 soll es „in Betreff der Besetzung des bischöflichen Stuhles von Rottenburg, der Canonicate und der Präbenden an der Domkirche lediglich bei dem mit dem heil. Stuhle früher vereinbarten Verfahren bleiben;“ d. h. die Regierung verzichtet auf die in den Jahren 1828 und 1830 von ihr einseitig aufgestellten, über den Inhalt der Bulle Ad Dominici Gregis (Revision der Candidatenliste durch die Regierung, vor der Wahl) und der päpstlichen Breve's von 1828 hinausgreifenden Bürgschaften zur Sicherung gegen die mögliche Wahl ihr missfälliger Candidaten, wogegen der päpstliche Stuhl jene beiden Breve's, wonach zu Bischofs oder Canonikern nur Personen gewählt werden sollen, welche notorisch dem Landesfürsten nicht „minder angenehm“ sind — als Ergänzung der Bulle und als Theil der Vereinbarung bleibend anerkannt. Der Artikel 2 bringt den Eid der Treue gegen Se. Majestät den König, wie ihn der Bischof abzulegen hat, ehe er die Leitung seiner Kirche übernimmt, in Gleichförmigkeit mit der Eidesformel, welche das bayerische und das österreichische Concordat enthalten. Artikel 3 besagt im Einklang mit dem bei Errichtung des Bistums getroffenen Uebereinkommen, so wie mit § 82 der Landesverfassung: „Die königliche Regierung wird die von ihr stets anerkannte Verbindlichkeit zur realen Dotierung des Bistums erfüllen, sobald es die Verhältnisse zulassen.“

Der wichtige vierte Artikel des Haupt-Vertrages mit der römischen Kurie lautet: zur Leitung seiner Diözese soll der Bischof die Freiheit haben, alle seine Rechte auszuüben, welche demselben in Kraft seines kirchlichen Hirtenamtes laut Erklärung oder Verfügung der heil. Stuhle gutgeheissen Disciplin der Kirche gebühren.“ Hier gibt die einen integrierten Bestandteil der Vereinbarung bildende Instruction sofort eine zugleich auf den nachfolgenden, das Placet berührenden Artikel bezügliche nähere Erläuterung dahin, daß der Bischof niemals solche Canones erneure, welche wegen Verschiedenheit der zeitlichen und örtlichen Verhältnisse nach der gegenwärtig geltenden und von diesem apostolischen Stuhl gut gebeissenen Disciplin außer Nutzung gekommen sind oder auch durch die gegenwärtige Convention eine Modification erhalten haben.“ Ein Generale oder eine Verordnung von größerer Bedeutung muß gleichzeitig mit der Veröffentlichung auch der Regierung mitgetheilt werden, wie der Bischof bei Gegenständen, welche neben der rechtlichen Zuständigkeit der Kirche zugleich in dem Gebiete der Staatsgewalt liegen, vor deren Veröffentlichung sich mit der R. Regierung ins Einvernehmen setzen wird.“ Die Lit. a des vorliegenden Artikels des Hauptvertrages berechtigt den Bischof: „alle Pfründen zu verleihen, mit Ausnahme von jenen, welche einem rechtmäßig erworbenen Patronatsrecht unterliegen;“ doch ist hierbei die im vorigen Jahre durch eine gemischte Commission vorgeschlagene Vereinbarung, wonach dem Bischof die von den früheren Bischöfen, Dom-Capiteln, geistlichen Corporationen und Personen verliehenen, aus kirchlichen Mitteln neu errichteten oder aufgebauschten Pfrün-

Feuilleton.

Das Grabmal der Herzogin Hedwig.

— Aus dem Salzkammergut. In Nr. 130 der „Krakauer Zeitung“ spricht Ihr Feuilletonist in dem vortrefflichen kritischen Artikel „Krakau und Nürnberg“ den Wunsch aus, zu erfahren, wie es mit dem Grabmal Hedwigs siehe, der Gemahlin des Herzogs Georg von Baiern, der ältesten Tochter des Polenkönigs Casimir Jagellonides, welche 1457 in Landshut vermaßt wurde, im Jahre 1502 aber gestorben ist und in der Eisternierabtei Raitenhaslach an der Salzach begraben liegt. Ohne den gelehrten Herren zu Nürnberg irgendwie den Weg vertreten zu wollen, welche um Aufschlüsse in Bezug auf künftlerische Verewigung der Herzogin Hedwig und ihre Stämmlinge durch das „Markgrafenstier“ in Nürnberg gebeten sind, glaubte ich dennoch Aufschlüsse über Hedwigs Ruhestätte geben zu sollen, weil ich, in der Nachbarschaft der nun zerfallenen ehrwürdigen Abtei wohnend, hiezu wohl am besten in der Lage bin. Wenn das Resultat meiner Nachforschungen den Erwartungen des edlen Polenvolkes, welches sich um den Aschenkrug seiner Jagellonidin bekümmt, nicht entspricht, so liegt die Schuld in dem Verstörungsgeist, der zur Refor-

mationszeit die Stifte verwüstet und die Gräber der Fürsten entweiht hat. Und was noch übrig geblieben war aus bösen Zeiten, zerstörte vollends die Klosterstürmerei beim Beginne dieses Fortschrittsjahrhunderts. Was drinnen war in den geheiligten Mauern an Schäiken der Kunst und Wissenschaft wurde auf leichtsinnige Weise verschleppt, vandalisch zerstört. So erinnere ich mich, vor 30 Jahren noch die Fragmente herrlicher Werke der Skulptur und Malerei in von Eulen, Federläufen und Ratten bewohnten Sälen und Zellen der Abtei Raitenhaslach zerstreut und als unnütz Gerumpel betrachtet herumliegen gefehen zu haben. Nachdem die Vertreibung der Mönche glücklich erfolgt und die Plünderei geschehen war, hatte der Staat und sein Minister Montgelas das Kloster mit Allem was noch drinnen war um eine Bagatellsumme an den vormaligen Bräuermeister der Mönche, Baumgartner, losgeschlagen. Dieser nun behandelte die kostbare Bibliothek, welche zum großen Theil zurückgeblieben war und eine Fundgrube für Geschichtsforscher gewesen wäre, als Kätepapier. Der damalige Landrichter Graf v. Armannspurg, ein eifriges Werkzeug der damaligen Klosterstürmerei, ließ all das geschehen; denn er gehörte der neuen Aufklärung an, deren Verdienst im Berstören bestanden hat. Ein sehr großer Theil der umfassenden Kloster-Baulichkeiten verfiel der Speculation und dem Abruch. Die herrliche Klosterkirche zwar behielt der Staat,

allein Niemand bekümerte sich, daß der Spaten habfütterer Menschen rings um ihre Mauern, um welche sich die Gräber und Gräfte lehnten, den Boden durchwühlte, und es munkelte von manchem kostbaren Fund, der gemacht worden ist und den frivolen Besitzer und seine lachenden Erben bereichert hat. Ein besonderes Merkmal des zur Zeit noch im Besitze des Kloster-Nestes sich befindenden Sohnes jenes Mannes ist ein alles Heyre und Religiöse verböhnder Sinn, eine verbissene Feindschaft gegen Österreich. Die PP. Redemptoristen, welche bekanntlich aus den öster. Staaten Baiern mit einer Colonie beglückt haben und durch den Bischof Heinrich von Passau unter König Ludwigs Regierung in den vierzig Jahren nach Altötting berufen worden sind, wollten in den jüngsten Jahren die Ruder des alten Raitenhaslach vom Besitzer um 100,000 fl. erkaufen; er gab es ihnen nicht und möchte lieber ein Zuchthaus darin sehen.

Ich mußte dies vorausschicken, damit die Ergebnislosigkeit einer Durchforschung von Raitenhaslach nach patriotischen Denkmälern begriffen werden kann, welche am 11. August 1835 im allerhöchsten Auftrage von der bekannten Celebrität auf dem Gebiete geschichtlicher Forschung, Geheimrath Frhrn. v. Aretin, dem Vorstand des königl. Reichsarchivs, in Begleitung des Schriftstellers Dr. Trautmann und des Landrichters Wiesend vorgenommen worden ist. Frhr. v. Aretin hatte 4 Urkunden zu Handen, welche der königl. Hof- und

Staatsbibliothek gehören und worin das Kloster Raitenhaslach nach seinem Urbeginne mit allen Beschreibungen und Zeichnungen von Gebäuden, Säulen, Wohlthätern, Lebten, Wappen und Denkmälern enthalten sind. Ich theile den Verkauf dieser Forschungen mit nach dem Wortlaut des Burghauser Amtsblattes Stück 34 vom Jahre 1853.

„Es wurde allererst vom Garten herein nach der sogenannten Gruft geforscht und ein vermauertes Kreuzstöckchen durchbrochen. Das Ergebniß war ein Gewölbe, welches seiner Zeit zur Aufstellung von Leichnamen oder zur Aufbewahrung kirchlicher Utensilien gebient haben mag. Hierauf wurde bei der Grabstätte des Gemahlin Herzogs Georg des Reichen Unterführung ange stellt; denn zwei in diesen Urkunden geschehene Aufzeichnungen besagen: anno Domini 1502 feria sexta post Valentini festum obiit illustrissima domina Hedvigis, serenissimi principis ac domini Georgii comitis Palatini Rheni Bavariaeque duis uxoris, die nobilissima regum Poloniae stirpe nata, hic sepulta in medio templi sub marmore elevato. Hujus anima requiescat in pace — amen. Nach Begewältzung des beinahe 200 Scentner schweren Steines in Mitte der Kirche, welcher nach der gemalten Handzeichnung der Deckel des früheren marmornen Grabmales, das in 6 Schuh Höhe freigestanden, gewesen, stieß man auf ein Gewölbe aus Tuffquadern und nach dessenöffnung, nach Begräu-

den, der Krone dagegen die früheren Laien-Patronate aller Art und die aus Staatsmitteln dotirten oder re-dotirten Stellen zugeschieden wurden, — als separater Punkt in die Vereinbarung mit aufgenommen worden, während bezüglich derjenigen Pfründen, welche zwar von früheren geistlichen Corporationen, aber nicht vermöge persönlichen, sondern vermöge königlichen Rechtes verliehen worden zu sein scheinen, die Hälfte der Krone, die Hälfte dem Bischof zugeschieden, und hinsichtlich der von Letzterem zu verleibenden Pfründen der Regierung eine Exclusiva der ihr missbilligen Personen durch die Instruction zugestanden wurde. Wenn ferner Lit. b, der Bischof das Recht hat: „seinen Generalvicer, die außerordentlichen Mitglieder des Ordinariates, so wie die Land-Decane zu ernähren, zu ernennen, beziehungsweise zu bestätigen“, so wird er doch, gemäß der Instruction, für die ersten genannten Stellen „nur solche Männer ausersehen, von denen er weiß, daß sie der königl. Regierung in bürgerlicher oder politischer Hinsicht nicht unangenehm sind“, und auch bezüglich der Land-Decane wird er sich über deren Auswahl oder Bestätigung mit der königl. Regierung in's Einvernehmen setzen. Die Befugniß: „die Prüfungen für die Aufnahme in das Seminarium und für die Zulassung zu Seelsorger-Stellen anzurufen, auszuschreiben und zu leiten“, konnte dem Bischof in Lit. c, überlassen werden, da nach untern Verhältnissen die Geistlichen des Landes fast ausnahmslos in den vom Staat unterhaltenen und unter seiner Aufsicht und Mitwirkung stehenden Convicten ihre Bildung erhalten. — Ferner hat der Bischof nach Lit. d, das Recht: „den Clerikern die heiligen Weihen zu erteilen, nicht nur auf die bestehenden canonischen, sondern auch auf den von ihm selbst anzubewiesenen Tischtitel hin“ doch wird der Tischtitel durch einen späteren Artikel auf den Imperialsfonds fundirt, und erlischt damit die desfallsige Verpflichtung der Staatsbehörde. Die in Lit. e. und f. dem Bischof eingeraumten Befugniß: „nach den canonischen Vorschriften alles das anzuordnen, was den Gottesdienst, die kirchlichen Feierlichkeiten und diejenigen Religions-Uebungen betrifft, welche die Aufweckung und Befestigung des frommen Sinnes der Gläubiger zum Zweck haben; Diözesan-Synoden einzuberufen und abzuhalten, sowie Provinzial-Concilia zu besuchen“, heben frühere einseitige Regierungs-Verordnungen auf. Absatz g. des Artikels, wonach der Bischof das Recht hat: „in seinem Kirchensprengel vom heiligen Stuhl genehmigte religiöse Orden oder Congregationen beiderlei Geschlechtes einzuführen“, wobei er sich jedoch „in jedem einzelnen Fall mit der königl. Regierung in's Einvernehmen setzen wird“ enthält zwar das Novum einer offiziellen Anerkennung der genannten eigenthümlichen Lebensformen der katholischen Kirche durch den Staat; aber dieser Satz führt insofern nichts Neues ein, als es auch bisher schon dem Bischof unbekannt war, religiöse Orden und Institute mit Zustimmung der Staats-Regierung einzuführen, und als es ihm auch künftig nicht möglich sein wird, dieses ohne eine solche Zustimmung zu thun. — Somit scheint bei Herstellung der verfassungsmäßigen Autonomie der Kirche in dem wichtigen Artikel IV. der Staatsgewalt nichts vergeben, vielmehr beiden Theilen glücklich das Ihrige gesprochen zu sein.

Der Artikel V. enthält über die bischöfliche Gerichtsbarkeit folgende Bestimmungen: „Über alle kirchlichen Rechtsfälle, welche den Glauben, die Sacramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, hat der Gerichtshof des Bischofs zu erkennen nach Vorschrift der Kirchengesetze und nach den Bestimmungen des Concils von Trient. Somit wird derselbe auch über Thesen entscheiden; jedoch bleibt das Urteil über bürgerlichen Wirkungen der Ehe den weltlichen Gerichten überlassen. Dergleichen wird der Bischof unbehindert den Wandel der Geistlichen überwachen und, wo diese durch ihr Betragen oder in irgend einer andern Weise zu Ahndungen Anlaß geben, in seinem Gerichte die den kirchlichen Gesetzen entsprechenden Strafen über die Schuldigen verhängen, wobei jedoch der kanonische Recurs gewahrt bleibt. Geuen Laien, welche sich Uebertretungen kirchlicher Sakrimente zu Schulden kommen lassen, steht es dem Bischof zu, die kirchlichen Censuren in Anwendung zu bringen. Wenn gleich über das Patronatrecht das kirchliche Gericht zu entscheiden hat, so giebt doch der heilige Stuhl seine

wenigen Schuttes (ein Beweis, daß schon früher gewußt worden ist), auf etwas Geben und Holzmoder. Die Pietät gebot nun inne zu halten. Es wurde nur noch mittels Eisenstangen an den Seiten in die Tiefe untersucht, ob durch dumpfes Echo nicht ein weiteres Gewölbe oder irgend eine Spur der vorhandenen Gruft entdeckt werden könnte. Es zeigte sich aber nur die natürliche Erdschicht. Dann wurde noch in der Gegend des Chores, als vermutlichen Standortes des alten Kreuzaltars, wo nach den Urkunden die fürstlichen Begräbnis-Stätten errichtet waren und dann rechts an einer Nebenaltafelte Deffnung gemacht. Vergebens. Spuren einer eigentlichen Fürstengröße sind wenig vorhanden, und das Gewölbe in der Kirche mag die Ehrenstätte für Hedwig allein gewesen, nach dem Verlust des Grabmales aber mögen die ehrwürdigen Gebeine eingesenkt und der obige Stein zur Gewinnung von Räumlichkeit mit der gleichen Höhe des Kirchenbodens oben hin befestigt worden sein. Andere, und zu diesen zähle ich mich selber, halten dafür, es sei eine Schäke suchend zerstörende Hand mit dem Grabmal übel verfahren. Dedenfalls sind alle Zunkunfts-Nachgrabungen ergebnislos.

Wie aber Westenrieder II, Tl. V und Stammtafel III, IV schreiben kann, daß Hedwig zu Seligenthal bei Landshut ruhe, da doch die angeführte Urkunde so deutlich das Begräbnis in Raitenhaslach befunden, könnte höchstens durch die Annahme erklärt werden, daß Hed-

Einwilligung, daß, wenn es sich um ein Laienpatronat handelt, die weltlichen Gerichte sprechen können über die damit in Verbindung stehenden civilrechtlichen Ansprüche und Lasten, so wie über die Nachfolge in demselben, der Streit mag zwischen den wahren und angeblichen Patronen oder zwischen den Geistlichen, welche von diesen Patronen für die Pfründe bezeichnet wurden, geführt werden. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse giebt der heilige Stuhl seine Zustimmung, daß die rein weltlichen Rechtsfachen der Geistlichen, wie Verträge, Schulden, Erbschaften, von dem weltlichen Gericht untersucht und entschieden werden. Dergleichen hindert der heilige Stuhl nicht, daß Streitigkeiten über civilrechtliche Ansprüche und Lasten der Kirche und Benefizien, über Bebanten und über Kirchenbauaufwand dem weltlichen Gerichte geschlichtet werden. Aus gleichem Grunde ist der heilige Stuhl nicht entgegen, daß die Kleriker wegen Verbrechen und Vergehen, wider welche die Strafgesetze des Königreichs gerichtet sind, vor das weltliche Gericht gestellt werden; jedoch liegt es diesem ob, hievon den Bischof ohne Verzug in Kenntnis zu setzen. Wenn das gegen einen Geistlichen gefällte Urtheil auf Tod oder auf Gefangenenschaft von mehr als fünf Jahren lautet, so wird man jedesmal dem Bischof die Gerichtsverhandlungen mittheilen und ihm möglich machen, den Schuldigen insoweit zu hören, als es nothwendig ist, um über die verhängende Kirchenstrafe entscheiden zu können. Dasselbe wird auf Verlangen des Bischofs auch dann geschehen, wenn auf eine geringere Strafe erkannt worden ist.“ Die Instruction enthält die Zusätze: „Wenn es sich bei Strafen von Geistlichen um Privation oder Suspension vom Amt, um längere dauernde Detention in einem Correctionshause oder um größere Geldbußen handelt, so wird der Bischof von seiner Strafverfügung der Königlichen Regierung Mittheilung machen. Wird aber zum Vollzug kirchlicher Strafen die staatliche Mitwirkung in Anspruch genommen, so hat der Bischof der Königlichen Regierung auf deren Verlangen die angemessenen Aufklärungen zu geben.“ Die Erklärungen der königl. Regierung endlich geben die Zusicherung: „Wenn Verbrechen oder Vergehen von Geistlichen deren Verhaftung oder Gefangenhaltung nothwendig machen, so wird man dabei stets, so weit dies möglich, die Rücksichten eintreten lassen, welche die dem geistlichen Stande gebührende Achtung erheischt.“

Aus dem Großherzogthum Baden, wird gemeldet: Die Verhandlungen mit Rom sind nun bis auf einen Punkt im Reinen. Dieser Punkt betrifft die Ausscheidung der Pfarrstellen, welche durch den Erzbischof besetzt werden sollen. Hier sind die früheren Verhältnisse maßgebend, und z. B. alle jene Pfarreien, die früher unter den bischöflichen Siziken von Mainz, Speyer, Straßburg, Basel standen, werden wol dem Erzbischof zur Besetzung zugeschieden werden. Die Verhandlungen hierüber sind im Gang; als Bevollmächtigter der Regierung fungirt Herr Oberkirchenratsdirektor Prestinari, als Bevollmächtigter des Erzbischofs Herr geheimer Hofrat Zell. Ist eine Einigung über diesen Punkt erfolgt, dann ist der kirchliche Conflict zu Ende.

Die Angriffe einiger Turiner Blätter auf die Königin von Spanien und ihren Hof haben dem spanischen Minister des Auswärtigen, Herrn Pidal, Veranlassung gegeben, bei dem sardinischen Gesandten in Madrid Beschwerde zu führen. Letztere hat darauf, wie früher Graf Cavour dem Grafen Paar, dem spanischen Minister erklärt, daß er die Ausschreibungen der „Presse“ ebenso sehr wie Herr Pidal bedauere, daß aber die spanische Regierung eine Abhilfe dagegen nur bei den sardinischen Gerichten erwirken könne.

Nach einer teleg. Depesche aus Danzig vom 19. Juni ist auf dem Flussdampfer Thorn beim Stromaufwärts-Bugsiren der Kessel gesprungen und in Folge dessen das Schiff zerstört und einige Menschen getötet.

Wien, 20. Juni. Die zwischen den Grossmächten und der türkischen Regierung eingeleiteten Unterhandlungen wegen Auflösung jener Capitulationen, welche den fremden Gesandtschaften die Jurisdicition über die Angehörigen der von ihnen vertretenen Länder verleiht, haben bis jetzt zu keinem befriedigenden Resultate geführt, da die Mächte die Erklärung abgegeben haben, in die Auflösung jener Capitulationen nur dann einwilligen zu können, wenn die Pforte ein den

wig und anderer fürstlichen Personen (Ludwigs des Gebarteten, † 1447 nach 4jähriger Gefangenschaft in einem noch vorhandenen festen hohen runden Thurm auf der Burg Burghausen im 81. Lebensjahr), Leichname später nach Landshut und Ingolstadt beigesetzt worden wären.

Germischtes.

** [Ein Ordensfest.] Der Leopolds-Ritterorden begeht im künftigen Jahre die Feier des Tages seines fünfzigjährigen Bestehens. Dieser Orden ward vom Kaiser Franz I. im Jahre 1808 gestiftet.

** Die neulich erwähnte neue statistische Beschreibung von Wien, welche der dortige Magistrat aufnehmen ließ, ergiebt, daß unter den 35 Vorstädten Wiens der Hünkelbrunn die kleinste Anzahl Häuser (11), und der Laurenzergrund die geringste Bevölkerung (768 Seelen) aufweisen; die Wieden hingegen die größte und volkreichste Vorstadt ist (1050 Häuser mit 58.656 Seelen).

Die innere Stadt hat 1218 Häuser mit 53.078 Bewohnern. Nach der Wieden zunächst folgt die Leopoldstadt mit 769 Häusern und 46.772 Bewohnern, und die Landstraße mit 752 Häusern und 42.760 Seelen. Die Breite der Stadt summirt Vorstädten zwischen Gumpendorf und Jägerndorf beträgt 2814 Kläffter, zwischen der Matzleinsdorfer und der Laborlinie 2010 Kläffter; der Gesamt-Ablächeninhalt innerhalb der Linie umfaßt 6.800.000 Quadratmeter. Das Zinsertägig von ganz Wien belief sich im Jahre 1856 auf nahezu 19 Millionen Gulden, während es im Jahre 1855 bloß 17 Millionen ergab.

(Lloydsschiff.) Aus Galag wird gemeldet: Zu den eben

europäischen Begriffen entsprechendes bürgerliches Gesetzbuch in ihren Staaten einführt, und in der Anwendung desselben keinen Unterschied zwischen den Muselmännern und den Andersgläubigen macht. — Gute Vernehmung nach beabsichtigt die Pforte sowohl den Eingangszaoll von 5 Prozent als auch den Ausgangszaoll von 12 Prozent bedeutend herabzusezen, indem sie hofft, daß dadurch die Industrie des Landes einen bedeutenden Aufschwung nehmen wird. Gewiß ist jedenfalls, daß das bisher in der Türkei übliche Zollsystem der Industrie des Landes sehr geschadet hat. Ganze Industriezweige sind im Laufe der Zeit ausgestorben, z. B. die Damaszenerwaren-Fabriken, die Leinenindustrie, der Zuckerbau; andere sind erst in den letzten Jahren zu Grunde gegangen, z. B. die Türkisch-Rothgarnfärberei, noch zu Urquhart's Zeiten, im Jahre 1837, in Ambala blühend; jetzt wird im Lande kein Hafen mehr producirt, und der Bedarf an dieser Ware von Elberfeld befriedigt. Der Seidenweberei steht jetzt ein ähnliches Schicksal bevor; wenn nicht ernstlich eingeschritten wird, dürfte die ungeheure Quantitäten Del produciren, alljährlich bedeutende Mengen dieses Artikels von Neapel, Sardinien und Südfrankreich einführt, weil die Bearbeitung gar keine Aufmunterung findet. Man irre sich aber nicht, indem man glaubt, daß sich Cultur, Industrie und Wohlstand durch Regierungsordnungen commandieren lassen; die Regierung ist gleichsam nur der Arzt, welcher der Natur zu Hilfe kommen und ihr nicht entgegenarbeiten soll; die verschiedenen Völkerstaaten im türkischen Reich sind alle einer gewissen Indolenz und Trägheit theilstig, die eine mehr, die andere weniger; aber überall spielt die vis inertiae eine große Rolle; die türkische Race jedoch steht darin oben an, sie ist physisch und geistig indolent.

Ryde und dem herrlichen königlichen Residenzschloß Osborne einen prächtigen Anblick darbot. In Portsmouth wurde Se. Kaiserl. Höh. von dem österreichischen Gesandten, der Admiraltät, dem Gouverneur u. s. w. begrüßt. Von London aus war für die k. k. Fregatte die Bewilligung gekommen, in den Kriegshäfen einzulaufen, was in der Regel fremden Kriegsschiffen nicht gestattet wird. Dies geschah unter dem Kanonenboot der Forts und der mächtigen Linienschiffe, die schwimmenden Festungen gleichen. — Die Matrosen waren auf den Raen, die Marininfanterie auf dem Decke aufgestellt und die Musikbanden der Linienschiffe stimmborsten die österreichische Volkshymne an. Se. kais. Höh. fuhr in Begleitung seines Hoffstaates und des ihm beigegebenen Adjutanten der Königin, Lord Fitzroy, mit einem Extratrain nach London. Das übrige Gefolge ging am 15. ebenfalls dahin ab. Gegen Ende der Woche sollte die Reise nach Antwerpen fortgesetzt werden. Den „Pr. Nov.“ wird aus Cetinje geschrieben, daß es am 27. Mai zu einem Gefecht zwischen den türkisch gesinnten Kuciern, die etwa 1000 Mann stark den montenegrinischen Bezirk der Bratonoczen überfielen, und den letzteren, die 600 Mann stark sich zur Wehr stellten, zu einem mehrstündigen Gefecht kam, wobei der Montenegrinische Seite 4 Mann getötet und 8 verwundet, auf der gegnerischen Seite 3 getötet und etwa 23 verwundet wurden. Am nächsten Tage erneuerten sich die Feindseligkeiten. Die Bratonoczen wurden abermals zum Kampf herausgefordert, doch weigerten sich dieselben, unnützer Weise Blut zu vergießen und sandten sofort eine Nachricht an den Fürsten nach Cetinje. Die fremden Consuln in Scutari schlugen dem Fürsten Danilo vor, beiden Theilen zu verzeihen, sie würden es sobald übernehmen, eine Aussöhnung zwischen denselben herbeizuführen. Der Fürst hat diesen Vorschlag angenommen und es ist sonach eine baldige Beilegung der Feindseligkeiten zu hoffen.

Frankreich.

Paris, 19. Juni. Die Frage betriffs des Eides der Oppositions-Candidaten wird gegenwärtig sehr eifrig beprochen. Wähler sowohl als Candidaten sind in dieser Beziehung getheilter Meinung. Die Ansicht, daß der Eid geleistet werden solle, hat jedoch in der letzten Zeit viele Anhänger gefunden. Man hält es nicht für unzulässig, daß die der Opposition angehörigen Personen den Eid als Deputierte schwören. Derselbe bindet sie nur für die Zeit ihres Mandats, aber nicht für länger. Die Deputirten selbst begeben sich auch nicht nach der Kammer mit einer revolutionären Mission betraut. Im Falle einer Revolution, bemerkt man weiter, höre von selbst die bestehende Verfassung, also auch der Eid der Deputirten auf. Andere sind dagegen der Ansicht, daß man den Eid der Treue dem Kaiser und der Verfassung nicht schwören dürfe, und wollen deshalb eine einfache Eidesverweigerung. Vielen sind jedoch auch der Meinung Louis Blanc's, der eine motivirte Eidesverweigerung bei Eröffnung der Kammer will. Die Uneinigkeit, die in dieser Frage unter der Opposition herrscht, hat die Candidaten in einige Verlegenheit gesetzt, und dieses besonders, weil die halboffiziellen Blätter dieselben fortwährend in Unregung bringen. Man wird denselben nicht antworten, aber man wird genötigt sein, es zu thun, falls die Wähler die nämliche Frage stellen. Herr Havin, Nedacteur en chef des Séciale, hat sich für die Eidesleistung ausgesprochen, und zwar in einem Schreiben an die Wähler von St. Lô, die ihm eine Candidatur angeboten haben. — Der Staatsminister Goult ist gestern Nachts in Paris angekommen. Nun begiebt sich Herr Magny auf eine Urlaubsreise, und Herr Goult wird das Interim der Finanzen übernehmen. — Der Dampf-Aviso Le Meteor ist beauftragt, eine hydrographische Aufnahme der Küsten von Italien zu besorgen. Er hat Civita Vecchia am 13. verlassen, um sich nach Neapel zu begeben. Die neapolitanische Regierung hatte schon vorher erklärt, daß sie den Arbeiten des Meteor allen erdenklichen Vorbehalt leisten wolle.

Der Minister des Innern hat ein neues Circular schreiben an die Präfecten gerichtet; der Eingang des Schreibens lautet:

Herr Präf! Es reicht nicht hin, daß das allgemeine Stimmerei frei ist, es muß auch aufgeklärt werden. Indem das Gesetz den Candidaten während der 20 Tage, die den Wahlen vorhergehen, ausnahmsweise Rechtzeitungen gethetet, um sich zu produzieren und zu erklären, hat dasselbe gewollt, daß das Land mit vollem Bewußtsein einen Entschluß fassen könne. Wir sind bei nahe am Ende dieser Periode der Prüfung und Debatten. Die

augenblickliche Arrestirung zu gewährten. Auch dürfen zur Verhütung von Unglücksfällen Reitrodderpaßiere um die Ecken und besonders bei Einnahme in enge Gassen nur in gemäßigtem Schritt gehen und haben anderen sich begegnende Reitrodden, sowie überhaupt allen Fußwerkern rechts auszuweichen. Beim Hoftheater sind die Grindelarmee an den Platz der Anfahrenden gewiesen und darf die Grindelarmee nicht dulden, daß eine der anderen vorzulaufen sucht. Vereinigtes mitteleuropäisches Polizei-gezamt.

** Wir haben kürzlich das Publicum vor einem Schwindler, Namens Bartels in Edinburgh, gewarnt, der in pomphafter Anfertigungen verachtet, auf porto-reale Briefe ein Mittel anzuzeigen, reich zu werden, und nach Einfahrt in den Suezkanal, um 1½ Uhr Statt und wird besonders anziehend geschildert. Nachdem die Fregatte Ankunft geworfen, erschien sogleich der k. k. Gesandte mit seinem Personale und den Consularbeamten, sowie der durchlauchtigste Bruder Sr. Maj. des Königs mit zahlreichem und glänzendem Gefolge, um Se. kais. Höh. zu bewillkommen. Am 8. d. früh verließ die Fregatte Cadir bei fortwährend sehr stark bewegter See. Am 9. erfolgte die Ankunft in Lissabon. Die Einfahrt in den Tejo fand um 1½ Uhr statt und wird besonders anziehend geschildert. Nachdem die Fregatte Ankunft geworfen, erschien sogleich der k. k. Gesandte mit seinem Personale und den Consularbeamten, sowie der durchlauchtigste Bruder Sr. Maj. des Königs mit zahlreichem und glänzendem Gefolge, um Se. kais. Höh. zu bewillkommen. — Der Dampf-Aviso Le Meteor ist beauftragt, eine hydrographische Aufnahme der Küsten von Italien zu besorgen. Er hat Civita Vecchia am 13. verlassen, um sich nach Neapel zu begeben. Die neapolitanische Regierung hatte schon vorher erklärt, daß sie den Arbeiten des Meteor allen erdenklichen Vorbehalt leisten wolle.

** Der Münchener Punkt macht folgenden Schrift: Polizeiliche Bekanntheit. Unter Bezugnahme auf die bereits bestehende Verordnung, daß auf den Trottoirs weder Steiter, noch Fuhrwerke, noch Karren u. dgl. stehen oder passieren, wird Obigem hinzugefügt, daß in Rücksicht der Nöthe wendigkeit des freien Verkehrs auch Damen mit Reitfaffen sich fürgestreckt herunter hängen, die Aufmerksamkeit der Beobachter auf sich zog. Bald sprang sie von den breiten Streifen unten und sendete einen wie ein armisches Tau aussehenden Schlauch

Beratung hat auf gewissenhafte Weise über die Aufrechterhaltung der Freiheiten aller gewacht. Einige haben verucht, dieselben zu missbrauchen, und haben unter dem Vorwande der Golddortage der Bulletins in den Massen die alten demagogischen Leibesfähigkeiten wieder erregen wollen. Die Regierung, die, wenn es nöthig sein sollte, beweisen wird, daß sie nichts von ihrer Kraft und Energie verloren hat, um den öffentlichen Frieden aufrecht zu erhalten, hat die mächtigen Thorheiten überwüchsigt gelassen. Sie hat der Treuloseit nicht den geringsten Vorwand lassen wollen, zu sagen, die Freiheit, welche unsere Gesetze dem Wahlkampfe näher sei verkümmert. Kandidaten, Journalisten, Anführer und Verbreiter von Kandidaturen, alle haben in Freiheit geschrieben und gehandelt. Es ist jetzt am Lande, sich zu sammeln und sein Votum abzugeben. Alle Welt sagt ihm seine Meinung; die Regierung muß ihm jetzt die ihrige sagen. Inmitten der großen Verübung des Gemüths durch die Kraft der kaiserlichen Regierung hervorgebracht und aufrecht erhalten; im Anbericht des ganzen Vertrauens, welches das Volk auf den Kaiser fest in Folge der Maßregel, welche die Wiedererwählung aller Deputierten vorschlägt, deren loyale Unterstützung in der Vergangenheit der öffentlichen Sache die Garantie der Zukunft darbot — schien es, daß mit Ausnahme einiger individuellen Präventionen ohne politische Tragweite kein ernster Streit die Abstimmung in Unruhe versetzen würde; eine kleine Anzahl Männer aber, die ausschließlich als Demokraten die Regierung gegenüber aufraten, welche die demokratische Basis besitzt, die sie bestanden, hat es für gelegen gehalten, den Kampf zu beginnen. Sich unter den Schutzen einer liberalen Formel stellend, elastisch genug, um sie vor ihren eigenen Streitigkeiten sicher zu stellen, haben sie versucht, die Zahl durch die Häufigkeit zu erzeugen, und unerhörte Bemühungen gemacht, um überall Oppositionskandidaten hervorzurufen. Aber was ist der Zweck dieser Opposition? Das Land muß denselben kennen. Der größte Theil der Kandidaten, die man aufgestellt hat, bekannte sich früher zu republikanischen oder sozialistischen Ideen, und gewiß wird keiner derselben heute erklären, daß er sie verläugnet, was wollen sie also? Wollen sie von Neuem den allgemeinen Stimmrechte die Frage der Republik vorlegen, die es drei Mal verdammt hat? Dieses ist nicht ernsthaft. Wollen sie den Kaiserreich den Eid leisten und, indem sie sich der Verfassung unterwerfen, ihr Mandat auf loyale Weise erfüllen? Niemand wird es glauben. Was bleibt also übrig? Der Versuch, Unruhe und Agitation zu erregen, die Action des Kaisers zu entkräften, und im Innern wie im Auslande das Gefühl zu schwächen, welches ganz Europa von seiner Macht und von seinem Glanze hat, mit welchem er seit sechs Jahren für den Ruhm und das Glück des Landes gefragt hat. Dieses wird ihnen aber nicht gelingen. Ihre Bemühungen werden an den Wahlmassen scheitern, deren gefundene Menschenverstand und Patriotismus das Kaiserreich gegründet haben.

Die heute veröffentlichte Proclamation des Seineprefecten fasst die Sachlage in folgender Weise zusammen: Für die von der Regierung bezeichneten Kandidaten stimmen heißt das Benehmen derselben durch neue Stimmen ratifizieren, billigen, was sie unterstützen haben und die großen Pläne des Kaisers erleichtern; hingegen stimmen für feindliche Kandidaten heißt dem ausganglosen Wege der Männer folgen, welche der Mehrzahl nach im Grunde keine Sympathie für das Volk haben, welche im Besitz der Gewalt bereits Beweise ihrer Unzulänglichkeit und ihrer Schwäche gegeben und ihre Partei nicht anders wieder empor bringen könnten, als auf den Trümmern des Vaterlandes.

Der durch die Redaktion verstärkte Verwaltungsrath des „Sécile“ berieh gestern. Einige sprachen von der Notwendigkeit, das Eigenthum der Actionäre durch Schniegsmäß zu retten. Die meisten entschieden sich für einen geräuschvollen Untergang. Morgen soll ein Artikel erscheinen, der die Regierung zwingt, die Unterdrückung des „Sécile“ am ersten Wahltag — moratorium — zu decretieren. Ein Fusionsvertrag mit dem „Courrier de Paris“, der merkwürdig schnell sich verbreitet, ist vorbereitet. Die Actionäre und die 40,000 Abonnenten des „Sécile“ gingen dann zu ihm über, und er würde trotz aller Maßregelung eine Macht. Dieser Heroismus wäre eine vortreffliche Parteitaktik. Doch fehlt der Wurm nicht, der an allem nagt. An der Aufrichtigkeit des „Courrier“, der aus den Händen eines Abbes in die des Polizeidirectors, und zuletzt in die des Herrn Prost, der mit eben so viel Grund für einen Legitimisten als für einen Republikaner gehalten wird, übergegangen ist, wird gezweifelt, und der „Sécile“ hat so große Ungeschicklichkeiten begangen, daß man ein ganz anderes Spiel als ein demokratisches dahinter vermutet.

Die kürzlich mitgetheilte Nachricht von einem bevorstehenden Wechsel in der französischen Diplomatie, nach welcher Herr von Morny in St. Petersburg durch seitherigen Gesandten in Berlin, Marquis Demouy, und dieser durch Herrn Ferdinand Barrot, der in Brüssel, ersezt wurde, entbricht nach dem Gesandten in Brüssel, ersezt wurde, entbricht nach Angabe eines Pariser Correspondenten des „Nord“ der Begründung; es sei nicht einmal entschieden, ob Herr von Morny überhaupt seinen Posten am russischen Hof für immer verläßt.

Ein Pariser Correspondent des „Nord“ versichert,

das Ministerium des Innern beschäftigte sich dermalen lebhaft mit dem schon mehrmals aufgetauchten Plane, die liegenden Güter der milden Stiftungen zu verkaufen und die Einkünfte derselben auf Staatsrenten zu fundiren. Man trage jedoch Bedenken, diesen Plan ins Werk zu setzen, weil man von seiner Ausführung eine üble Rückwirkung auf die Gerechtigkeit zu Schenkungen und Stiftungen befürchte, welche ohnehin, nach einem Berichte des Seineprefecten, eher im Ab- als im Zunehmen begriffen sei.

Belgien.

Die Stellung des Cabinets, das läßt sich nicht hinwegläugnen, wird für die Zukunft gefährdet. Zum Belege bringt ein Brüsseler Corr. der „Kölner Z.“ einige Auszüge aus clericalen Blättern: Das Journal de Bruxelles, dessen Egeria bekannter Massen Graf de Theux, der Haupt-Chef der Rechten, ist, schreibt unter heutigen Datum: „Die einzigen Vertreter, welche der Politik des Cabinets treu geblieben, sind das Journal de Charleroy und der Telegraph (zwei gemäßigte Blätter). Das ist sehr wenig, und wir zweifeln, daß das Satisfact dieser beiden Blätter es über die Missbilligung (Improbation) seiner wahrhaften Freunde zu trösten vermöge.“ Das Bien Public von Gent, bekanntlich das Organ des Bischofs Delebecque, bringt einen langen Artikel, in welchem es dem Cabinet vorwirkt, durch sein Benehmen die Emeute zur constitutionellen Macht erhoben zu haben. In Bezug auf den Brief König Leopolds erklärt das Blatt, daß es die Person des Monarchs zu tief verehre, als daß es dessen Worte oder Thaten discutiren möge. Nach diesem Satze drückt das Blatt jedoch sein Bedauern darüber aus, daß die Schwäche des Cabinets es so weit gebracht habe, das Königthum bloß zu stellen, um sich selbst einen Schild daraus zu machen.“ Um allerschärfsten jedoch wird das Cabinet, oder doch die Herren DeDecker und Vilain XIV., in der brügger Patrie berührtergekannt. Unter den zwei Rubriken: „Was schuldete uns das Cabinet, und was hat es uns gegeben?“ stellt dieses Blatt eine doppelte Buchführung auf. Unter das Debet des Ministeriums stellt es: Aufrechthaltung der freien Discussion, Achtung vor dem Anspruch der Majorität, Schutz der parlamentarischen Unverletzlichkeit, Unterdrückung des Aufstandes, Nothwendigkeit, von den Repräsentanten umgeben zu bleiben, Nichtigmachung des unconstitutionellen Aufstrebens der Gemeinderäte; kurz eine Regierung zu bleiben, welche die Emeute beherrsche, anstan sich von ih verherrlichen zu lassen. Das Habet des Ministeriums zählt folgende schmeichelhafte Posten auf: „Das Cabinet gibt uns 1. Baudern, 2. Unthätigkeit, 3. Schwäche, 4. Angst (peur) und endlich 5. weil man das Ding bei seinem rechten Namen nennen muß: Feigheit (lâcheté)!“

Nachdem im Verlaufe des Artikels noch das Verhalten der Herren DeDecker und Vilain XIV. während der Discussion aufs bitterste verhöhnt und Herr Nothomb beiläufig in die Wolken erhoben worden, schließt die Emeute mit folgendem Satz ihr Conto ab: „Das ist uns 1. Baudern, 2. Unthätigkeit, 3. Schwäche, 4. Angst (peur) und endlich 5. weil man das Ding bei seinem rechten Namen nennen muß: Feigheit (lâcheté)!“

Großbritannien.

London, 18. Juni. Die Königin und Prinz Albert nebst ihren hohen Gästen beeindruckten gestern den Krystall-Palast zu Sydenham mit ihrer Gegenwart, wo — es war der zweite Tag der Händel-Feier — „Judas Macabäus“ aufgeführt wurde. Morgen soll das Händel-Fest mit „Israel in Aegypten“ geschlossen werden. „Barum“ fragt die Times, „läßt man nicht am Samstage noch eine Aufführung für das Volk zu?“ Denn wer war wohl in höherem Grade ein Componist für das Volk!“

Der Gemeinderath von Manchester berieh gestern über die gelegentlich des am 30. Juni erwarteten Begegnung Ihrer Majestät zu veranstaltenden Empfangsfeierlichkeiten. Es wurden 10.10 £. zu diesem Zwecke votirt. Außerdem fäste man den Entschluß, der König und Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen Glückwunsch-Adressen zu überreichen.

Die Transportschiffe „Mauritius“ und „Kleopatra“ sind gestern von Portsmouth mit Truppen nach China abgegangen.

Zeit, da eben dieses Bein durch einen Bruch schwer verlegt war, zur Verhütung des Brandes genötigt, sich dagelebten zu lassen. Während er selbst bei dieser furchtbaren Operation vollständige Ruhe und Besonnenheit bewahrte und gelassen seine Cigarre rauchte, stand sein Bruder flagend und jammernd daneben. Als seinem Herrn das Schlucken und Weinen deselben endlich zu viel ward, rief er ihm ärgerlich zu: „Wirst Du einmal fit sein, Kerl! Niemand hat weniger Grund zur Betrübnis als Du, denn Du wirst in Zukunft statt zweier Stiefeln nur einen zu nutzen haben.“

[Die Million Briefmarken ist beisammen!] aber der Waisenknecht ist überall und nirgends. Man hat in der That mit einem Fleise gefäumelt, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. In manchen Handlungshäusern mussten die Lehrhände Tage lang die Scheere handhaben, ehe sie aus den vor ihnen aufgehauften Bergen von Briefen die Marken aus aller Herren Länder herausgeschnitten. In den Töchterhänden gab man Auftrag zum Sammeln; ein Landrat in Kleinpreußen erließ Aufforderungen zum Einfinden; ein Holländer folgig in Köln Platze an und saßte den edlen Entschluß, selbst ein Zimmer mit Briefmarken auszustatten und zum Beispiel des unbekannten Waisenkneben gegen Entree sehen zu lassen! In Köln gab es einzelne Privatleute, die pro Kopf allein 6000 Marken sammelten; die Expedienten der „R. Z.“ und von anderen Blättern wurden förmlich überflutet von Einfindungen. Das Schönste bei der Geschichte ist, daß die öffentliche Meinung an mehreren Orten von dem Wahne besessen ist, der Engländer, welchen sein Handel ledig geworden, habe die Preise nun mehr bestochen, um dem Publizum das Sammeln zu verleiden.

[Ein neuer Verkauf in London.] In London werden achtundfünfzig Sorten Cigarras verkauft. Von diesen achtundfünfzig Sorten wurden förmlich drei polizeilich weggenommen. Die erste Sorte, welche ein Haussier von Whitechapel feilt, kostet nicht Ein Shilling Tabak; es war nur Heu, die dritte Sorte war nur Heu, die zweite Sorte war nur Heu, die dritte

Rußland.

Petersburg, 13. Juni. In Geäfftheit des pariser Friedens-Vertrages, welcher die Zulassung englischer Consuln im schwarzen Meere stipulirt, hat der Kaiser befohlen, Herrn Georg Benvenuto Mathew das Equator als General-Consul von Großbritannien in den Häfen des schwarzen Meeres zu ertheilen. — Am 15. d. M. (a. St.) reisen der Kaiser und die Kaiserin von hier ins Ausland ab. Die Vorbereitungen zur Reise sind im großartigsten Maßstabe getroffen worden. Viele wahrhaft kaiserliche Geschenke an Tabatiere, Uhren, Ringen mit Brillanten, Brochen und sonstigen Damenschmuck sind vom Kaiser selbst in Augenschein genommen worden und wandern mit ins Ausland. Das Gefolge wird zahlreich und die diplomatischen Beamten, so wie die der geheimen Kanzlei des Kaisers werden stark vertreten sein. Der polnische Minister-Staats-Secretar Tymowski begiebt sich nach Warschau zur Zeit wo der Kaiser daselbst eintrifft. — Der in Brüssel erscheinende „Nord“ hat bereits wiederholt amtlichen, in der Senats-Zeitung auf Befehl des Kaisers veröffentlicht, die Regierungs-Verfügungen in einer höchst überraschenden Weise widergesprochen. So z. B., daß der Banquier Fränkel in Warschau baroniert worden sei, und daß ferner die Regierung bis zum 31. Mai den letzten Termin zur Abreise aller fremden Handelsreisenden von Sebastopol festgestellt hat. Dennoch ist Beides amtlich veröffentlicht.

Amerika.

Die Auslieferung Louis Grellets. Der „Courrier des Etats-Unis“ meldet darüber Folgendes: Der Bericht des Gerichts-Kommissärs Bett war endlich nach einem mühevollen drimonatlichen Verfahren von New-York an die Central-Regierung nach Washington abgegangen. Dieser Bericht stellte mit Bezug auf Louis Grellet den Schlufantrag, daß derselbe der Urkundenforschung schuldig sei und dessen Auslieferung an Frankreich erfolgen solle. Der Staatssecretar Herr Lewis Cass erließ demnach unverzüglich unter dem 29. Mai ein Executions-Mandat, wonach der Gefängnis-Vorsteher zu New-York angewiesen ist, Louis Grellet dem französischen General-Consul zu New-York zu übergeben. Mit diesem Mandat versehen, fuhr der Special-Abgeordnete noch am Abend nach New-York, woselbst er am andern Tage des Morgens 6 Uhr eintraf. Alle bei der Auslieferung beteiligten Personen wurden sogleich in Kenntniß gesetzt und die nötigen Anstalten getroffen, um das eben nach Frankreich abgehende Schiff „Arago“ zur Mitnahme des Grellet zu benützen.

Um 10 Uhr war alles vorbereitet. Man benachrichtigte nun Grellet, daß er sich anschicken solle, zum französischen Minister zu gehen. Grellet war seit dem Tode seines Bruders in einem Zimmer verwahrt, welches zu dem Bureau des Gefängnis-Vorsteher gehörte. Grellet war durch diese Nachricht ganz überrascht. Er glaubte nicht, daß man diesem Auslieferungsbegehrungen überhaupt Folge geben werde; dann wußte er, daß der Bericht erst vor drei Tagen nach Washington abgegangen sei und er erwartete nicht dessen so baldige Erledigung. Die an ihn ergangene Aufforderung war indesten so dringend, daß er sich über deren Bedeutung nicht täuschen konnte. Er sagte, er könne sich nicht fügen, bis man seinen Rechtsbeistand gerufen habe. Auf die Bemerkung, daß man darauf nicht eingehen werde, schrie Grellet, daß er nur der Gewalt nachgeben werde, und er nahm auch die Miene des Widerstands an. Von dem Vorfall unterrichtet, begab sich der Gefängnisvorsteher Herr Ryders zu Grellet, und versuchte ihn durch einige Vorstellungen zur Vernunft zu bringen, aber umsonst. Grellet behauptete, es sei unmöglich, daß das Mandat schon von Washington zurück wäre und daß er ein Opfer eines Missbrauches der Amtsgewalt sei. Man mußte demnach Gewalt anwenden und ihm die Handschellen anlegen. Indes nennen nun Grellet, daß er sich anschicken solle, zum französischen Minister zu gehen. Grellet war seit dem Tode seines Bruders in einem Zimmer verwahrt, welches zu dem Bureau des Gefängnis-Vorsteher gehörte. Grellet war durch diese Nachricht ganz überrascht. Er glaubte nicht, daß man diesem Auslieferungsbegehrungen überhaupt Folge geben werde; dann wußte er, daß der Bericht erst vor drei Tagen nach Washington abgegangen sei und er erwartete nicht dessen so baldige Erledigung. Die an ihn ergangene Aufforderung war indesten so dringend, daß er sich über deren Bedeutung nicht täuschen konnte. Er sagte, er könne sich nicht fügen, bis man seinen Rechtsbeistand gerufen habe. Auf die Bemerkung, daß man darauf nicht eingehen werde, schrie Grellet, daß er nur der Gewalt nachgeben werde, und er nahm auch die Miene des Widerstands an. Von dem Vorfall unterrichtet, begab sich der Gefängnisvorsteher Herr Ryders zu Grellet, und versuchte ihn durch einige Vorstellungen zur Vernunft zu bringen, aber umsonst. Grellet behauptete, es sei unmöglich, daß das Mandat schon von Washington zurück wäre und daß er ein Opfer eines Missbrauches der Amtsgewalt sei. Man mußte demnach Gewalt anwenden und ihm die Handschellen anlegen. Indes

nachrichtigte nun Grellet, daß er sich anschicken solle, zum französischen Minister zu gehen. Grellet war seit dem Tode seines Bruders in einem Zimmer verwahrt, welches zu dem Bureau des Gefängnis-Vorsteher gehörte. Grellet war durch diese Nachricht ganz überrascht. Er glaubte nicht, daß man diesem Auslieferungsbegehrungen überhaupt Folge geben werde; dann wußte er, daß der Bericht erst vor drei Tagen nach Washington abgegangen sei und er erwartete nicht dessen so baldige Erledigung. Die an ihn ergangene Aufforderung war indesten so dringend, daß er sich über deren Bedeutung nicht täuschen konnte. Er sagte, er könne sich nicht fügen, bis man seinen Rechtsbeistand gerufen habe. Auf die Bemerkung, daß man darauf nicht eingehen werde, schrie Grellet, daß er nur der Gewalt nachgeben werde, und er nahm auch die Miene des Widerstands an. Von dem Vorfall unterrichtet, begab sich der Gefängnisvorsteher Herr Ryders zu Grellet, und versuchte ihn durch einige Vorstellungen zur Vernunft zu bringen, aber umsonst. Grellet behauptete, es sei unmöglich, daß das Mandat schon von Washington zurück wäre und daß er ein Opfer eines Missbrauches der Amtsgewalt sei. Man mußte demnach Gewalt anwenden und ihm die Handschellen anlegen. Indes

Angenommen im Hotel de Dresden: die Hrn. Gutsb. Theodor Wittig, aus Sande. Ladislaus Gruszecki, a. Breslau. In Hotel de Sare: die Hrn. Gutsb. Felix Zafreński, a. Warschau. Johann Tschmidt, a. Warschau. Johann Baron Borowski, aus Limanowa. Im Pollers Hotel: Hrn. Januar Mikulski, a. Grodno. Emiljan Krazelewski, a. Grodno. Anton Bachar, Landesstaatsminister, a. Czernowitz. Gustav Jawornicki, Gutsb. a. Breslau. Alexander Streicher, a. Tryebinia. Titus Gf. Voltzow, a. Tarnow. Franz Gf. Suchodolski, a. Polen.

Abgereist: die Hrn. Gutsb. Ignaz Rohozinski, n. Spa. Heinrich Dobrzanski, n. Polen. Ladislaus Rohozinski, n. Breslau. Lukas Dobrzanski, n. Polen. Rafal Rohozinski, n. Polen. Alexander Rzewuski, n. Marienbad. Julian Ruszicki, n. Breslau. Eduard Chylinski, n. Warschau. Sigismund v. Brochhausen, n. Polen. Tiburtius Gf. Ledniewski, n. Italien. Alexander Bzowski, n. Polen. Thaddaeus Wielenowski, n. Polen.

Krautauer Curs am 21. Juni. Silverbübel in polnisch Crt. 100% verl. 100 bez. Oesterl. Bank-Noten für fl. 100. — fl. 414 verl. 410 bez. Preuß. Crt. für fl. 150. — Thlr. 98. verl. 97% bez. Neue und alte Zwanziger 106% verl. 106 bez. fl. 30. — S. 20.—S. 15. Napoleon-Dr. S. 10. B. fl. holl. 85. Dufaten 4.49 4.45. Oesterl. Rand-Ducaten 4.52 4.47. Poln. Banknoten nebst lauf. Coupons 97½—98. Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons 84½—84. Grundentl. Oblig. 82—81%. National-Anleihe 85½—85½ ohne Zinsen.

Telegr. Depesche d. Ost. Corresp. Cagliari, 18. Juni. Ein englisches Geschwader, bestehend aus 3 Linienschiffen, 2 Fregatten und 2 Dampfern, befehligt vom Viceadmiral Lord Lyons ist gestern hier eingelaufen.

Vologna, 19. Juni. Se. Heil. der Papst hat seiner Privat-Chatouille einen ansehnlichen Betrag zur Gründung einer Hilfscaisse für verarmte Schiffer in Recanati angewiesen.

Venedig, 21. Juni. Wegen günstiger Ernteausichten ist Getreide billig und weichend.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozek.

Verzeichniß der Angekündigten und Abgereisten vom 22. Juni.

Angekommen im Hotel de Dresden: die Hrn. Gutsb. Theodor Wittig, aus Sande. Ladislaus Gruszecki, a. Breslau.

In Hotel de Sare: die Hrn. Gutsb. Felix Zafreński, a. Warschau. Gr. Theresa Dunikowska, a. Breslau. Hrn. Johann Tschmidt, a. Warschau. Johann Baron Borowski, aus Limanowa.

Im Pollers Hotel: Hrn. Januar Mikulski, a. Grodno. Emiljan Krazelewski, a. Grodno. Anton Bachar, Landesstaatsminister, a. Czernowitz. Gustav Jawornicki, Gutsb. a. Breslau.

Abgereist: die Hrn. Gutsb. Ignaz Rohozinski, n. Spa. Heinrich Dobrzanski, n. Polen. Ladislaus Rohozinski, n. Breslau. Lukas Dobrzanski, n. Polen. Rafal Rohozinski, n. Polen. Alexander Rzewuski, n. Marienbad. Julian Ruszicki, n. Breslau. Eduard Chylinski, n. Warschau. Sigismund v. Brochhausen, n. Polen. Tiburtius Gf. Ledniewski, n. Italien. Alexander Bzowski, n. Polen. Thaddaeus Wielenowski, n. Polen.

Zuflüthen des Meeres erhebt Glaucus drohend gegen Xerxes die Ketten, welche diefer in seinem Übermuth dem Meere hatte anlegen lassen.

** Die große Probe zum Händelfeste ging im Krystallpalaste von Sydenham vorgetragen auf allgemein befriedigende Weise von Statthaltern und bereitigte zu der Erwartung, daß die heitere Nachmittags stattfindende Aufführung des „Meisters“ eine beispiellos eindrucksvolle sein wird. Die 2500 Singstimmen haben im Verein mit dem 500 Köpfen starken Orchester und der neuen Riesenorgel genügende Kraft bewiesen, den ungeheuren Raum auszufüllen, und selbst mit den feinsten Nuancirungen konnte man zufreien sein, wenn man keinen allzu großen Maßstab anlegte. Dagegen werden die Solopartien für die bei weitem größere Masse der Zuhörer unerträglich verloren sein, was auch immer über die Auflistung des gigantischen Gebäudes, „das aus lauter Fenstern besteht“, geagt werden mag. Ein Kunststück bleibt dieses Händelfest auf den neuen Orgel berücksichtigt. Einer nimmt 14,74 Fuß Flächenraum ein, ist 168 Fuß weit und erforderte zum Aufbau 3200 Etr. Bauholz. Es besteht aus 32 amphitheatralisch aufsteigenden Reihen von Sitzen, deren oberste 52 Fuß über dem Orgelboden gebracht ist. Die Sitze dieses Amphitheaters front die Orgel, die an und für sich einem stattlichen Wohnhause weit eher als einem musikalischen Instrumente ähnlich sieht. Bei einer Länge von 40 und einer Tiefe von 30 Fuß schließt sie 4510 Plätzen

Amtliche Erlässe.

N. 6219. Kundmachung. (683. 3)

Von Seite der Wadowicer k. k. Kreisbehörde wird hiermit bekannt gemacht, daß zur Verpachtung des Skawinaer städtischen Wirthshaus- und Ochsenstandes gefällig, dann der städtischen Wiese und des Ackergrundes Zabagnie auf die Dauer vom 1. November 1857 bei dem ersten Gefälle bis Ende October 1860, und bezüglich der Wiese und des Ackergrundes bis Ende October 1863 eine Licitations- und Offert-Verhandlung am 7. Juli 1857 in Skawinaer Magistratskanzlei Vormittags 9 Uhr abgehalten werden wird.

Das Praetium Fisci beträgt bei dem Wirthshaus- und Ochsenstandes gefälle 270 fl. 30 kr. und bei der Wiese und dem Ackergrunde 200 fl. 10 kr. EM., wovon das 10% Badium vor der Lication zu erlegen, oder den einzubringenden Öfferten beizuschließen ist.

Die weiteren Bedingnisse werden bei der Licitations-Verhandlung bekannt gegeben werden.

R. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 1. Juni 1857.

Nr. 7802. Kundmachung (684. 2-3)

Zur Verpachtung der Zatorer städtischen Propriation auf die Zeit vom 1. November 1857 bis letzten October 1860, wird der Termin auf den 6. Juli 1857 festgesetzt; die Lication wird in den vormittägigen Amtstunden, in der Zatorer Magistratskanzlei abgehalten, und das Gefälle an den Meistbietenden überlassen werden.

Die Bezirksämter haben diese Licitations-Ankündigung im Rayon des Bezirkes mit dem Besitze zu publizieren, das bei dem obbeschagten Gefälle die Summe von 1422 fl. 24 kr. EM. als Fiskalpreis angenommen, und jeder Licitationslustige vor Beginn der Lication-Verhandlung das 10% Badium baar zu erlegen verbunden sein wird.

Bei dieser Lication werden auch schriftliche Öfferte angenommen, welche ordnungsmäßig ausgestellt, und mit dem vorgeschriebenen Bodium belegt sein müssen.

Die Licitations-Bedingnisse können bei der Verhandlung eingesehen werden.

R. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 31. Mai 1857.

N. 6049. Kundmachung. (682. 3)

Zur Verpachtung nachstehender der Stadt Biala gehörigen städtischen Gefälle auf die Zeit vom 1. November 1857 bis dahin 1860 und zwar:

a) Der jüdische Garküche, und
b) der Markbuden und Massereien, wie am 8. Juli 1857 in der Bialaer Magistratskanzlei und zwar des ersten Gefälles Vormittags 10 Uhr, des zweiten Gefälles aber an demselben Tage Nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Lication abgehalten und die Pachtung dieser städtischen Gefälle in der oberwähnten Pachtzeit an den Meistbietenden überlassen werden.

Pachtlustige werden hiermit zu dieser Licitations-Verhandlung mit dem Besitzen eingeladen, daß der Fiskalpreis für die jüdische Garküche 210 fl. EM., dagegen für städtischen Markbuden- und Massereiengefalle 123 fl. 6 kr. EM. beträgt, und daß jeder Pachtlustige vor Beginn der Lication 10% des Fiskalpreises als Bodium zu erlegen haben wird.

R. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 24. Mai 1857.

N. 2009. Kundmachung. (730. 1-3)

Von Seite der k. k. Kreisbehörde wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Beaufsicht der Bemessung und Vorschreibung der Haussinssteuer für das 2. Jahr 1858 die Haussbeschreibungen und Haussinsvertragsbekanntnisse von sämtlichen Häusern und andern der Hauptzinssteuer unterliegenden Objecten, als: Fleischbänken, Schlachthäusern, Badeanstalten, Bräuhäusern, Werkstätten, Mühlen, Niederslagen, Magazine u. s. w., so wie von den in den Gebäuden oder um die Gebäude angebrachten Verschleißbuden und Standorten, Stallungen, Schuppen, Wagenremisen endlich von Hofräumen, wenn sie einen Zins abwerfen in der Stadt Krakau und deren Vorstädten durch die Haussbesitzer oder durch ihre bevollmächtigten Stellvertreter zu verfassen und längstens bis 15. Juli 1857 bei der k. k. Kreisbehörde (Ringplatz Nr. 263/4 im ersten Stock rückwärts) um so gewisser zu überreichen sind, als der Steuerpflichtige für eine allenfalls Überbreitung dieses Terminges in eine Geldstrafe verfällt und nach Umständen die weiteren gesetzlichen Zwangsmassregeln zu gewärtigen haben wird.

Die zur Fixierung erforderlichen Drucksachen werden den Haussbesitzern gleichzeitig im Wege des Krakauer Magistrates zugestellt.

In Betreff der Verfassung der Haussbeschreibungen und der Zinsvertragsbekanntnisse wird auf die von dem beständigen k. k. Administrations-Rath unter dem 10. März 1852 S. 3306 bekannt gemachte Befehlung für die Hauseigenthümer vom 26. Juni 1820, so wie auf die hieramtlichen Kundmachungen vom 2. September 1854 S. 4892, vom 18. Juni 1855 S. 4022 und vom 5. Juli 1856 S. 4136 hingewiesen, und hiebei insbesondere in Erinnerung gebracht, daß die einzelnen Bestandtheile des Hauses mit haltbar befestigten fortlaufenden Zahlen im Einklang mit der Haussbeschreibung kennbar und leicht leserlich zu bezeichnen sind, weil die Auflerachtung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Maßregel, wo sie bei örtlichen Verfassungen oder sonstigen Amtshandlungen bemerket werden sollte, streng geahndet werden wird.

Da übrigens nach den bestehenden Vorschriften der Besteuerung immer der wirkliche Zinsvertrag des nächst

vorhergegangenen Verwaltungs-Jahres zur Grundlage zu dienen hat, so ist in der einzubringenden Fassion für das 2. Jahr 1858 der Zinsvertrag vom 1. November 1856 bis Ende October 1857 oder wo regelmäßige Vermietungsperioden zu Michaeli, zum neuen Jahr, zu Ostern und zu Johanni üblich sind, nach diesen Vermietungsperioden von Michaeli, das ist vom 1. October 1856 bis Ende September 1857 der faktisch bezogene oder im Vergleichungswege ermittelte Zins sowohl nach den einzelnen Quartalsperioden als auch mit dem für das ganze Jahr enthaltenden Betrage für jeden an eine bestimmte Partei vermieteten Haussbestandtheil gewissenhaft anzugeben.

Die Angaben über die Höhe des Zinsvertrages sind von jeder Partei und zwar wie dies die betreffende Rurkunft der Fassionsblätter andeutet durch Ansetzung des gezahlten Zinses mit Buchstaben und durch ihre Fertigung eigenhändig zu bestätigen.

Bei dem Umstände als die Zins oder Zinswerthe stets ohne Rücksicht auf das allenfalls Leerstehen der Localitäten fatig werden müssen weil die hiesfür anhaltenden Steuern nachläßt im abgesonderten Wege und in Folge geschehener Leerstehungssammlungen erfolgen können, so findet man deßhalb die Haussbesitzer in ihrem Interesse wiederholt aufmerksam zu machen, daß sie das Leerstehen binnen 14 Tagen vom Tage der Räumung der Wohnung gerechnet mittels einer ungestempelten Eingabe und eben so auch das erfolgte Wiedervermieten oder die Uebernahme der leergestandenen Bestandtheile in die eigene Benützung binnen 14 Tagen anzuseigen haben, weil wegen verspäteter oder gar nicht eingebrachter Anzeige über das Leerstehen ein Zinssteuer-nachlaß im erstenen Falle nur vom Tage der Ueberreichung der diesfälligen Eingabe, im letzteren gar nicht bewilligt werden wird; im Falle aber die vorgeschriebene Anzeige über die Wiedervermietung nach Ablauf der 14-tägigen Frist oder gar nicht überreicht werden sollte, der Haussbesitzer die gesetzlich angedrohte Strafe sich zuziehen würde.

Den Wiedervermietungs-Anzeigen sind stets auch die vorschriftsmäßigen Bekenntnisse über den in Folge der neuzeitlichen Vermietung erlangten Zins beizulegen.

Endlich wird erinnert, daß wenn die Haussengenthümer die Zinsvertragsfassionen nicht selbst verfassen und unterfertigen, sondern dieselben durch jemanden andern anfertigen lassen, der Vertreter des zur Vorlegung der Fassion Verpflichteten zu deren Verfassung, Fertigung und Vorlegung eigens ermächtigt sein, und die schriftliche Vollmacht der Fassion beilegen muß.

Bon der k. k. Kreisbehörde.
Krakau, am 18. Juni 1857.

Privat-Zinsrate.

Pränumerations-Anzeige.

„Der Humorist.“

Politisch = belletristisch (mit Illustrationen).

Von M. G. Saphir.

Mit 1. Juli 1857 beginnt das zweite Semester des einundzwanzigsten Jahrganges des „Humoristen.“ Von unserem Journal erscheinen wöchentlich sechs Nummern in Groß-Format auf feinstem Velin, und dazu in jeder Woche ein humoristisches Extrablatt:

„Montagsblatt.“

welches jeden Montag erscheint und nebst den neuesten Depeschen und Nachrichten eine Collection von satyrischen Artikeln mit Holzschnitten und Karikaturen bringt.

Für die Kronländer und das Ausland mit Einschluß täglicher portofreier Postversendung: halbjährig 8 fl. und vierteljährig 4 fl. EM. Für separate Zusendung des „Montagsblattes“ ist der Mehrbetrag für Porto vierteljährig 20 kr. EM. beizuschließen.

Man pränumerirt in Wien einzig und allein bei der Redaction: Stadt, Weihburggasse Nr. 924, 3. Stiege, 1. Stock. Die Einsendung der Pränumerations-Beträge erbitben wir uns franco. Inserate aller Art werden billigst besorgt.

(719. 1-3)

Ein Privatbeamte,

dem einige freie Stunden täglich erübrigen, übernimmt zur genausten Besorgung

Überseesungen

jeder Art, aus dem Deutschen ins Polnische, oder aus dem Polnischen ins Deutsche.

Nähre Auskunft ertheilt aus Gefälligkeit die Expedition dieses Blattes.

Wiener Börse - Bericht

vom 21. Juni 1857.

	Geld. Waare.
Nat.-Anlehen zu 5%	86—88%
Unlehen v. J. 1851 Serie B. zu 5%	95—96%
Lomb. venet. Anlehen zu 5%	96—96½
Staatschuldverschreibungen zu 5%	84½—84%
detto " 4½%	74—74½
detto " 4%	66—66%
detto " 3%	51½—51%
detto " 2½%	42½—42%
detto " 1%	16½—16%
Gloggnizer Oblig. m. Rück. 5%	96—
Dobenburger detto " 5%	95—
Mailänder detto " 4%	94—
Grundentl.-Obl. M. Ost. " 5%	88½—89
detto v. Galizien, Ung. ic. " 5%	81½—82
Banc-Öbligationen " 2½%	87½—88
Postterre-Anlehen v. J. 1834 " 1839 " 145—145%	63½—64 335—335
detto " 1854 4%	111—111%
Como-Kontscheine " 167—17	

Galiz. Pfandbriefe	zu 4%
Nordbahn-Pior. Oblig.	zu 5%
Gloggnizer detto " 5%	88½—88%
Donau-Dampfschiff-Obl.	5%
" " 5%	85—86
Lloyd " 5%	91—91½
3° Prioritäts-Oblig. der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 275 Francs per Stück.	111—111%
Actien der Nationalbank.	1036—1038
5% Pfandbriefe der Nationalbank 12monatlich	99½—99½
Actien der Ostl. Credit-Aufstalt	246—246%
" " N.-Ostl. Compte-Gesl.	123½—124
" " Budweis-Linz-Gmunder Eisenbahn	264—266
" " Staats-Eisenbahn-Gesl. zu 500 Fr.	201½—201%
" " Kaiserin Elisabeth-Bahn zu 200 fl. mit 30 pct. Einzahlung.	275—272%
" " Sub-Norddeutschen Verbindungsbanh	106½—106%
" " Thüring. " "	100½—100%
" " Nordbahn	252½—253
" " Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft	583—585
" " Lloyd 13. Emission	—
" " Pöslher Kettenbr.-Gesellsc.	415—418
" " Wiener Dampf. Gesellsc.	72—74
" " Preß. Tern. Eisenb. 1. Emiss.	62—64
" " detto 2. Emiss. mit Priorit.	27—28
Königl. Esthaz. 40 fl. L.	37—38
Windischgrätz 20	81½—82
Gf. Waldeck 20	28½—28½
Keglevich 10	30½—30½
Salm 40	15½—15½
St. Genois 40	40—40%
Palffy 40	39—39%
Clary 40	38½—38½

Königl. Esthaz.	20
Windischgrätz	20
Gf. Waldeck	20
Keglevich	10
Salm	40
St. Genois	40
Palffy	40
Clary	40

Amsterdam (2 Mon.)	86½
Augsburg (Uso.)	104½
Bukarest (31. T. Sicht.)	264
Constantinopel detto	—
Frankfurt (3 Mon.)	—
Hamburg (2 Mon.)	103%
Livorno (2 Mon.)	76½
London (3 Mon.)	104½
Mailand (2 Mon.)	103½
Paris (2 Mon.)	120%
Kaisl. Münz-Ducaten-Urgio	7½
Engl. Sovereigns	10 12
Russ. Imperiale	8 23

Abgang und Ankunft der Eisenbahnjüge.

Abgang von Krakau:
nach Dembica (um 12 Uhr 15 Minuten Nachmittag.

nach Wien (um 9 Uhr 5 Minuten Abends).

nach Breslau u. Warschau (um 6 Uhr 10 Minuten Morgens).

nach Krakau (um 3 Uhr 25 Minuten Nachmittag).

Ankunft in Krakau:
von Dembica (um 5 Uhr 20 Minuten Morgens.

von Wien (um 2 Uhr 36 Minuten Nachmittag.

</